

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbesitzern und in allen Kleinvertrieben

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abbestellungspreis: die neunmal geteilte Monatsrate über deren
Namen 20 Pf. für die Restsumme (anzuführen
an den bestellenden Teil einer Zeitung) 1,80 M. Einlagen-Konten nur
montags von 9 Uhr an in der Expeditions Dresden-K. 1. Gültigkeit bis 31. 12.

Belegpreis: frei Haus monatlich 2,50 M. (inkl. im voraus), durch
die Post 2,70 M. (ohne Postgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täg-
lich, außer an Sonntagen und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt behält sich
Ausdruck auf Fortsetzung der Zeitung aber auf Zurückzahlung des Belegpreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. Geschäftsstelle und Ver-
waltung: Gerichtsstraße 1, Fernruf 17 350. Vertriebsstelle: Dresden K. 1.
Sprechstunden: Montag 10-12 Uhr allg. Geschäftsstunden, Mittwoch 11-12 Uhr
betriebl. und arbeitsrechtl. Fragen, Freitag 10-12 Uhr juristische Geschäftsst.

6. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 2. Oktober 1930

Nummer 230

Unsere Antwort an Brüning

Die Kommunisten fordern

Gegen das faschistische Raubprogramm der Herrschenden — Kampf für Brot und Freiheit unter Führung der Kommunistischen Partei

Die Hindenburg-Brüning-Regierung hat ihr faschistisches Hungerprogramm im Auftrage des deutschen Finanzkapitals veröffentlicht.

Angesichts ein „Programm der Rettung“ — in Wirklichkeit ein Programm der Aufbahrung der mörderischen Lasten des verbrecherischen Young-Planes und der kapitalistischen Wirtschaftskrise auf die arbeitenden Massen.

Angesichts ein „Sparprogramm“ — in Wirklichkeit die brutale Hungerblockade gegen das ganze werktätige Volk.

Gestützt auf die alarmierte Schupo der Wenzig und Fried, auf die marschierende Reichswehr der Hammerstein und Schleicher, will Brüning sein Programm der faschistischen Diktatur durchführen. Er will dabei unter höhnischer Verharmlosung der Millionen Wählermassen den Reichstag als überflüssig und unbedeutend gewordene demokratische Kulisse

der Ausbeuterdiktatur mit einem Fußtritt beiseite schieben. Er hat sich bereits die aktive Mitarbeit der Sozialdemokratie in den Verhandlungen mit Otto Braun gesichert. Er hat die Gewissheit, daß die Nazi-Führer in den Landesregierungen (Thüringen, Braunschweig) ihn bei der Durchführung seines Diktaturprogrammes unterstützen werden.

Lohnraub für die Arbeiter aller Industrien, Gehaltsabbau für die Beamten und Angestellten, Raub der Arbeitslosenunterstützung, neue Lasten durch Steuern und Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, Erhöhung der Mieten und Abbau des Mieterschutzes, verschärfte Zollerücknahme — mit einem Wort: unersäglich Not für die werktätigen Massen! — das ist das Brüning-Programm.

Dafür werden den Besessenen Milliarden durch

Steuererlass, Steuererlässe, Subventionen und Geschenke an die Großagrarier in den Taschen geschleudert.

Neur als 6 Milliarden jährlich an neuer Ausplünderung — das sind die Milliardenzahlungen für den Young-Plan und dazu noch neue Riesenprofite für die deutschen Finanzkönige, für die Schatzkammer der Industrie, der Börse und des Agrarkapitals.

Die Kommunistische Partei Deutschlands, gestützt auf das Vertrauen von 4,6 Millionen Wählern, stellt dem Raubprogramm des Finanzkapitals, das Brüning präsentiert, das die Faschisten und Sozialfaschisten unterstützen, die unmittelsbaren Kampfmaßnahmen der werktätigen Massen in Stadt und Land entgegen. Sie setzt dem verlogenen „Sparen“ der kapitalistischen Tropfenpolitik ein wirkliches Sparen, die Forderungen zur Durchbrechung der Ausplünderung des in- und ausländische Kapital entgegen.

Das Programm der Reichen und Satten

Hier der Brüning-Entwurf:

6 Prozent Gehaltsabbau für Beamte und Angestellte im Reich	120 Millionen im Jahre
Dasselbe für Länder, Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost	400 Millionen im Jahre
Kürzungen der Heberweilungen an Länder und Gemeinden	100 Millionen im Jahre
Kürzung der Reichszuschüsse an die Arbeitslosenversicherung	265 Millionen im Jahre
Währliche an Sozial- und Kulturrelat des Reiches	300 Millionen im Jahre
Erhöhung der Tabaksteuer	177 Millionen im Jahre
Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2%	250 Millionen im Jahre
Ferner neue Lasten durch Lohnabbau, Mieten- und Zollerhöhung	3500 Millionen im Jahre
Insgesamt:	5112 Millionen im Jahre

Die Forderungen für die Armen und Hungernden

Hier die Reichstagsanträge der KPD.:

Sofortige Einstellung der Zahlungen des Young-Plans	2000 Millionen im Jahre
Streichung der Ausgaben für die Reichswehr	750 Millionen im Jahre
Streichung der Bürgerkriegsausgaben für die Polizei	600 Millionen im Jahre
Sondersteuer auf Millionäre (20 Prozent)	1800 Millionen im Jahre
Besteuerung der Dividenden (20 Prozent)	320 Millionen im Jahre
Sondersteuer auf Aufsichtsrats-Tantiemen (20 Prozent)	200 Millionen im Jahre
Sondersteuer auf die großen Einkommen über 50 000 M. (20%)	380 Millionen im Jahre
Streichung aller Subventionen	500 Millionen im Jahre
Einstreichung aller hohen Gehälter der Beamten, Angestellten in öffentlichen Stellen (über 8000 Mark) und der Riesenpensionen (über 6000 M.)	200 Millionen im Jahre
Streichung der Ausgaben für die Kirche, Zensur, Teno, Schlichtungswesen	300 Millionen im Jahre
Insgesamt:	7150 Millionen im Jahre

7150 Millionen für die Armen! Das ist die Forderung der Kommunisten!

7150 Millionen für Brot und bessere Existenz der Armen! Das ist die Forderung der Kommunisten gegen das Ausbeutungsprogramm der Reichen.

Zuerst für die Arbeitslosen, für deren Wiedereinstellung in den Produktionsprozess die sofortige Einstellung des Siedenlummentages bei vollem Lohnausgleich. Für die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung einheitlich nach zwei Wirtschaftsjahren. In Städten mit 10 000 Einwohnern und darüber für den Hauptunterstützungsempfänger 22 Mark pro Woche, für den unterhaltsberechtigten Angehörigen vier Mark pro Woche. In ländlichen Gebieten und Städten unter 10 000 Einwohnern für den Hauptunterstützungsempfänger 20 Mark pro Woche und für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen drei Mark pro Woche. Die Auszahlung dieser Unterstützung hat vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit bis zum Wiedereintritt in den Produktionsprozess zu erfolgen. Anspruch auf diese Unterstützung soll jeder Versicherte im Falle der Arbeitslosigkeit haben.

Erhöhung der Unterstüngen für die Waisenkinderunterstützungsempfänger. Sofortige Bereitstellung einer einmaligen ausstehenden Winterbeihilfe. Erhöhung der Renten für die Invaliden- und Unfallrentenempfänger. Ausbau der Kriegsopferversorgung durch Erweiterung des Kreises der Versorgungsberechtigten und durch die Erhöhung der Renten für die Kriegsopfer, die Witwen und Waisen.

Die 7150 Millionen können ferner verwandt werden für den

Ausbau der Fürsorgepolitik in den Gemeinden, für Ausbau des sozialen Schutzes für Mutter und Kind, für Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen, für ausreichende Kinderzuteilung in den Schulen.

Diese Gelder müssen nicht zuerst verwandt werden für eine umfassende Hilfsaktion zugunsten des darbenenden Mittelstandes.

Die Mietpreise können gesenkt und neue Wohnungen für die Verdienten geschaffen werden.

Hilfe und Unterstützung aber auch den notleidenden Kleinbauern und den Kleingewerbetreibenden durch Senkung der Steuerlast, durch Kreditgewährung und Pflanzungsverbote.

Die 7150 Millionen Reichsmark, welche nach den Forderungen der Kommunistischen Partei aufgebracht werden können, nur für die Armen, nur für die Verdienten!

Nur im rücksichtslosen Kampf können die Massen ihre Forderungen durchsetzen

Die kommunistischen Forderungen sind ein Appell an die werktätigen Massen in ganz Deutschland, den Kampf gegen das faschistische Hungerprogramm mit allen Mitteln aufzunehmen. Keine Illusion, daß diese Forderungen ohne die breiteste außerparlamentarische Mobilisierung des werktätigen Volkes verwirklicht werden können!

Schließt das Kampfbündnis der Betriebsarbeiter mit dem Erwerbslosen, und darüber hinaus das Kampfbündnis aller Arbeiter mit dem werktätigen Mittelstand und den schaffenden Bauern! Organisiert den Streik der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen jeden Lohn- und Gehaltsraub! Verweigert geschlossen die Diktatursteuer! Rüstet zum politischen Massenstreik gegen den faschistischen Staatsstreich!

Die Programmklärung der Kommunistischen Partei zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes zeigt auch den Weg zur Erklämpfung eines freien sozialistischen Sozialismus. Sowjetdeutschland wird das Doppelgesicht des deutschen und ausländischen Kapitals brechen, alle unproduktiven Ausgaben und jede Ausbeutung der arbeitenden Massen beklügeln.

Die Kommunistische Partei ruft zur Bildung der großen antifaschistischen und antifaschistischen Einheitsfront. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition kämpft für Lohn und Brot der Arbeiterklasse. Eine Welle des stürmischen Kampfwillens, eine Welle von Volkerversammlungen und Betriebsversammlungen muß über das Land gehen! Die Kommunistische Partei führt auch im Kampfe für Brot und Freiheit!

Massenaufmarsch gegen Faschismus! Sachsen bleibt rot!

Das vorläufige antifaschistische Kartell des Kampfbundes gegen Faschismus ruft das Proletariat Dresdens für Sonntag zur Massendemonstration auf: Zentraler Stellplatz: Weißeritzstraße